

Europäische Union: Wohin des Weges?

Die «Lissabon-Strategie» ist die Antwort der Europäischen Union auf die Herausforderungen der Globalisierung und des demographischen Wandels. Im Jahr 2000 hat die Europäische Union dieses umfassende Wiederbelebungsprogramm ihrer Wirtschaft mit Schwung gestartet. Im Jahr 2007 folgte der Vertrag von Lissabon, der die Institutionen und Instrumente der EU reformieren soll. Der folgende Beitrag erläutert die Ergebnisse der Lissabon-Strategie und die Herausforderungen in der Zukunft.^(*)

■ Die EU und ihre Wettbewerbsfähigkeit

Die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes beruht auf der Fähigkeit der darin angesiedelten Unternehmen, mit der Konkurrenz im In- und Ausland mithalten zu können. Die EU ist die führende Exportmacht auf dem Weltmarkt. Doch aufgrund der nur langsam steigenden Arbeitsproduktivität, des Rückstands im globalen technologischen Wettbewerb sowie der teilweise ungünstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in gewissen Mitgliedstaaten riskiert sie, an Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren.

Arbeitsproduktivität und Exportleistungen

Wettbewerbsfähigkeit kann u. a. anhand der *Arbeitsproduktivität* gemessen werden. Diese liegt in der EU um 26,7% unterhalb jener der USA und leicht oberhalb jener von Japan. Die geringere Anzahl gearbeiteter Stunden in den europäischen Ländern erklärt jedoch den Unterschied zwischen der EU und den USA nur teilweise.

Die Zunahme der Arbeitsproduktivität betrug zwischen 1996 und 2005 im Jahresdurchschnitt in der EU 1,4% und in der Eurozone 0,9% – gegenüber 2,1% in den USA.

Ein anderes Mass sind die *Exportleistungen*, bei welchen die EU eine bessere Ausgangslage hat. Europa profitiert am stärksten von der Globalisierung und bleibt der



Florent Roduit

Nach dem Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und einigen Arbeitsjahren im Bankensektor war Florent Roduit beim Schweizerischen Handels- und Industrie-Verein (SHIV, Vorort) insbesondere mit den Themen Dienstleistungen, Energiepolitik und Exportrisikogarantie betraut. Seit Januar 2005 ist er ständiger Delegierter von Economiesuisse in Brüssel.

Bild: zVg

weltweit führende Exporteur von Industrieerzeugnissen – vor den USA, China und Japan. Zwischen 1999 und 2005 wuchsen die Exporte der europäischen Industrie um 82%, in den USA 30% und in Japan 42%. China hingegen hat seine Exporte von Industrieprodukten in diesem Zeitraum beinahe verdreifacht und exportiert seither mehr als Japan.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die *wirtschaftlichen Rahmenbedingungen*, welche einen starken Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit haben, variieren in den 27 Mitgliedstaaten der EU stark: Die skandinavischen Länder und Grossbritannien rangieren nach den Bewertungsskalen der Weltbank und des World Economic Forum auf den vorderen Plätzen, während Länder wie Italien und Griechenland mittelmässige Resultate erreichen. Allgemein gilt, dass die meisten europäischen Staaten über eine weniger konkurrenzfähige Wirtschaftsumgebung verfügen als die USA oder Japan.

Wirtschaftswachstum

Das Jahr 2006 war mit einem geschätzten Wachstum von 2,9% – dem höchsten seit 2000 – ein Jahr des wirtschaftlichen Aufschwungs für die EU.

Es sind v. a. die neuen Mitgliedstaaten, die als Antrieb des europäischen Wachstums wirken. Die Ost-Erweiterung der EU stellt auf wirtschaftlicher Ebene einen Erfolg dar, der nicht unterschätzt werden darf.

Die Erweiterung hat insbesondere die Entstehung einer neuen *paneuropäischen Arbeitsteilung* gefördert, die zu einer wettbewerbsfähigen europäischen Wirtschaft beiträgt. Europäische Unternehmen haben gewisse arbeitsintensive Produktionen in jene Teile Europas verlagert, in welchen die

^(*) Übersetzung aus dem Französischen.

Bild: Erwin Johann Wodicka



Rahmenbedingungen am günstigsten sind. Damit wird auch der Wettbewerb zwischen den Produktionsstandorten verstärkt.

Der Handel zwischen alten und neuen EU-Mitgliedstaaten hat dazu geführt, dass in den neuen Mitgliedstaaten Tausende von Arbeitsplätzen geschaffen wurden. Dies wiederum half mit, die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen in den alten Mitgliedstaaten (v. a. Deutschland und Österreich) zu erhalten.

2006 wurden so 3,5 Mio. Arbeitsplätze geschaffen. Die Vorbereitungen zum EU-Beitritt haben die neuen Mitgliedstaaten dazu gebracht, sich so schnell wie möglich an die westeuropäischen Rahmenbedingungen anzupassen und diese in gewissen Bereichen sogar zu übertreffen. Die makroökonomischen Leistungen dieser Staaten sind trotz einer nach wie vor existierenden Differenz zu den alten Mitgliedstaaten bemerkenswert.

Im internationalen Vergleich lässt das Wirtschaftswachstum der EU jedoch zu wünschen übrig. Seit mehreren Jahren bewegt sich das durchschnittliche Weltwirtschaftswachstum um die 4% – mit wesentlichen Unterschieden zwischen den verschiedenen Wirtschaftsregionen.

Die USA verzeichnen ein Wachstum von ungefähr 4%, die grossen asiatischen Wirtschaftsmächte weisen Raten von 8% oder mehr aus, während das durchschnittliche europäische Wachstum bei etwa 2% liegt.

Dies beunruhigt insbesondere bezüglich der wirtschaftlichen Stärke Europas in den kommenden Jahrzehnten. Wenn Europa weiterhin bedeutend weniger schnell wächst als die anderen Wirtschaftsregionen, werden viele dynamische Unternehmen Europa mehr und mehr den Rücken kehren. Die Folge wäre ein möglicherweise irreversibler Prozess des technologischen und wirtschaftlichen Rückschritts. Die Lissabon-

Das Instrument «Flexicurity» vereinbart flexible Arbeitsmärkte mit sozialer Absicherung. «Flexicurity» soll einen Beitrag daran leisten, die Lissabon-Ziele Wachstum und Beschäftigung gleichzeitig zu erreichen.

Strategie soll dies verhindern, indem Wachstum und Beschäftigung in der EU – und damit ihre Wettbewerbsfähigkeit – gestärkt werden.

■ Die Lissabon-Strategie

Im Jahr 2000 haben sich die Staats- und Regierungschefs der EU in Lissabon zum Ziel gesetzt, die EU zur wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaft der Welt zu machen – zu einer EU mit dauerhaftem Wirtschaftswachstum, einer quantitativen und qualitativen Verbesserung der Beschäftigung und einem grösseren sozialen Zusammenhalt. Damit reagierten die EU-Mitgliedstaaten auf die oben beschriebenen Herausforderungen.

Um dieses Ziel zu erreichen, hat die EU eine umfassende Strategie verabschiedet: die Lissabon-Strategie. Die der Strategie zugrunde liegende Analyse definiert zwei Hauptprobleme: zu geringe Produktivitätszunahme und zu wenig Innovation. Entsprechend stehen zwei Pakete struktureller Reformen im Zentrum der Strategie:

Erstens eine verstärkte Liberalisierung der europäischen Märkte, zweitens – um

endogenes Wachstum zu erzeugen – die intensive Förderung von Forschung und Entwicklung sowie Bildung.

Die Lissabon-Strategie ist auf die Europäische Union bezüglich ihrer speziellen Struktur, ihrer Stärken und Schwächen zugeschnitten. Sie wird auf der Basis einer «offenen Koordinationsmethode» umgesetzt, welche die klaren Kompetenzzuweisungen in der EU berücksichtigt: Operationelle Ziele werden gemeinsam definiert, die nationalen Programme in den einzelnen Ländern umgesetzt und die erreichten Resultate regelmässig überprüft.

Die Strategie beeinflusst praktisch alle Aspekte der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik der EU und ihrer Mitgliedstaaten. Gemäss José Manuel Barroso, dem Präsidenten der Europäischen Kommission, gehört die Umsetzung der Lissabon-Strategie zu den wichtigsten Zielen der gemeinschaftlichen Politik.

Die Beurteilung der Lissabon-Strategie

Seit ihrer Veröffentlichung hat diese Strategie eine umfassende Diskussion unter Experten hervorgerufen.

Für deren Mehrheit sind die weitere Liberalisierung sowie die vertiefte Integration der Märkte die wichtigsten Elemente. Darauf müsse die EU ihre Kräfte konzentrieren, um ihre Leistung in den Bereichen Wachstum und Beschäftigung zu verbessern.

Die Ergebnisse der Lissabon-Strategie werden erst im Jahr 2010 – am Ende der Umsetzungsperiode – genau erfasst werden können. Die Kommission zieht in der 2005 durchgeführten Etappenbeurteilung jedoch eine ziemlich positive Bilanz.

Dem stimmen die Wirtschaftskreise nicht zu. Wachstum und Beschäftigung gehören zu den wichtigsten Zielen. Somit ist der Erfolg der Lissabon-Strategie daran zu messen.

- Der Europäische Rat hatte damals erklärt, dass «eine durchschnittliche Wachstumsrate von 3 % eine realistische Perspektive darstelle». Auch wenn dieses Ziel im Jahr 2005 von mehr als der Hälfte der Mitgliedstaaten erreicht wurde, ist es von der EU in ihrer Gesamtheit verfehlt worden.
- Die Beschäftigung ist zwischen 2000 und 2006 in der EU um 2,1% und in der EU-15 um 2,6% gestiegen. Obwohl diese Werte die vorgegebenen Ziele nicht erreichen, fällt die Entwicklung der Beschäftigungsraten der Frauen und der älteren Arbeitnehmenden relativ gut aus.
- Bezüglich Forschung & Entwicklung übertreffen zurzeit einzig Finnland und Schweden das Ziel, 3% des BIP dafür aufzuwenden. Die durchschnittlichen Ausgaben der EU für Forschung und Entwicklung haben sich nicht verändert. Das Bildungsniveau im Allgemeinen hingegen hat sich verbessert.

Unterschiedliche länderspezifische Ergebnisse

Die Ausgangslagen in den EU-Mitgliedstaaten sind sehr unterschiedlich, so auch die

Ergebnisse bezüglich der Umsetzung der Lissabon-Strategie. Beim Vergleich der Ergebnisse darf man diese Unterschiede nicht vergessen.

- Dänemark, Österreich und Schweden erreichen die zentralen Ziele der Lissabon-Strategie. Italien und Malta sind vom Erreichen dieser Ziele am weitesten entfernt.
- 15 Mitgliedstaaten weisen für den Zeitraum 2000 bis 2006 durchschnittliche Wachstumsraten von über 3% aus. Neun Mitgliedstaaten verzeichnen ein Wachstum unter 2%, darunter Frankreich, Italien und die Bundesrepublik Deutschland.
- Vier Mitgliedstaaten (Dänemark, die Niederlande, Schweden, Grossbritannien) haben schon 2005 das Ziel von 70% der globalen Beschäftigungsrate erreicht; sieben Mitgliedstaaten weisen eine Rate unter 60% aus (Bulgarien, Italien, Ungarn, Malta, Polen, Rumänien und die Slowakei).

Zusammenfassend kann man sagen, dass die nördlichen Länder im Allgemeinen positive Resultate ausweisen, die südlichen Staaten (ausser Spanien) bescheidene Resultate verbuchen und die neuen Mitgliedstaaten erhebliche Fortschritte machen. Die volkswirtschaftlich schon stark entwickelten Länder zeigen eher schlechte Ergebnisse, was den EU-Durchschnitt belastet.

■ Ausblick

Es ist nicht ungewöhnlich, dass sowohl Bevölkerung als auch Regierungen die EU für fehlende Erfolge verantwortlich machen – z.B. für Defizite bei Wachstum und Beschäftigung. Aber schon in den Mitgliedstaaten selbst sind Reformbemühungen sehr schwierig. Auf der europäischen Ebene gestalten sie sich noch viel komplizierter, kommen doch so viele Interessen und Vor-

stellungen zusammen. Auch die Idee, erfolgreich durchgeführte Reformstrategien eines Landes auf andere Länder zu übertragen, erweist sich oft als nicht sehr einfach.

Die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung in der EU hängt davon ab, wie die Lissabon-Strategie umgesetzt wird.

Um die Bemühungen effektiver zu machen, hat der Europäische Rat im Frühling 2006 entschieden, die Lissabon-Strategie auf vier prioritäre Aktionsbereiche zu fokussieren:

- Wissen und Innovation
- Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen
- Arbeitsmarkt sowie
- Energiemarkt.

Die Wirtschaftskreise begrüßten diese Umorientierung und tragen auf konstruktive Art und Weise zum Gelingen der Lissabon-Strategie bei. Insbesondere werden sie sich an der für 2008 vorgesehenen nächsten Anpassung der Strategie beteiligen.

Wie alle Reformen in einem komplexen System wie der EU bedarf die Lissabon-Strategie einer solchen kontinuierlichen Anpassung und Weiterentwicklung. Um die Institutionen und die Instrumente der EU effektiver und effizienter zu gestalten, haben die Staats- und Regierungschefs am 13. Dezember 2007 den Vertrag von Lissabon unterzeichnet. Der Vertrag muss in allen Mitgliedstaaten ratifiziert werden. Ziel der EU ist, dass er am 1. Januar 2009 in Kraft treten wird.

Mithilfe dieser beiden Werke von Lissabon möchte die EU ihr Ziel erreichen, zur wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaft der Welt zu werden. ■

Florent Roduit